

THEMA

Corona trifft die Ärmsten - Jetzt handeln!

Kein Spielplatz, kein Eis, keine Schule - so hieß es auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie. Abstand halten gilt weiterhin als der wichtigste Schutz vor der Ansteckung mit dem unsichtbaren Virus.

Zuhause bleiben war das Credo der Stunde. Weiter arbeiten mussten trotzdem viele, vor allem jene, die nun offizi-

ell als systemrelevant gelten. Diejenigen, die den Laden am Laufen halten, sind in der Mehrzahl Frauen und schlecht bezahlt. Die Arbeit ging jedoch auch in vielen Bereichen weiter, die nicht als akut versorgungskritisch angesehen werden können. Das erschwert nicht zuletzt das Abstandsgebot in Bus und Bahn. Die Kasseler Linke forderte schon Mitte März für diese Bereiche, wie etwa die

Automobil- und Rüstungskonzerne einen Produktionsstopp. VW und Daimler kamen dem für kurze Zeit nach. Der Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann ließ fröhlich weiter produzieren, ebenso wie Amazon. Ein Beweis mehr, dass diesen Unternehmen der Profit wichtiger ist als die Gesundheit und der Schutz der eigenen Beschäftigten.

Der Umgang mit Corona zeigt einmal mehr, wie kapitalistische Verhältnisse unser Leben gefährden. Das verdeutlichen auch die zahlreichen Krisenpakete. Auf Bundesebene unterstützen sie vor allem Großunternehmen.

Hilfspakete der Stadt unzureichend

Die Stadt hat mit 18 Millionen ihr eigenes Hilfspaket auf den Weg gebracht. Nicht beachtet wurden in der Vorlage des rot-grünen Magistrats jene, die schon vor Corona nur schwer über die Runden kommen und nun mit Mehrkosten konfrontiert sind. Die Preise steigen, günstige Produkte sind als erstes weggehamstert, zusätzlicher Hygienebedarf, weggefallenes Schulessen - so lange in Berlin der Regelsatz nicht auf ein menschenwürdiges Maß erhöht wird, muss die Kommune hier Verantwortung übernehmen. Die Kasseler Linke fordert daher unbürokratische Corona-Hilfe im Umfang von drei Millionen für Transferleistungsbezieher*innen in der Stadt Kassel.

Zuhause bleiben kann nur, wer ein Zuhause hat. Hier rächt sich einmal mehr die verfehlte Wohnungspolitik der letzten Jahre. Besondere Anstrengungen sind für jene zu unternehmen, die ohne eigene vier Wände oder in beengten Verhältnissen leben, Zwangsräumungen und Mieterhöhungen sind zwingend auszu-

Violetta Bock

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



Transferleistungsbezieher*innen werden vergessen. Protest in Rothenditmold

STADTPOLITIK

Neue Mehrheiten - altes Denken?

Die rot-grüne Koalition ist Geschichte, seit im Dezember letzten Jahres der fraktionslose Stadtverordnete Andreas Ernst während der Haushaltsberatung seine Unterstützung aufkündigte.

Aufhorchen ließ der Tenor seiner Begründung: von „Basta-Politik“ war die Rede, von autoritärem Durchboxen einsamer Entscheidungen. Die Kritik richtete sich insbesondere gegen den Politikstil des Oberbürgermeisters. Und in der Tat hat Christian Geselle seit seinem Amtsantritt im Sommer 2017 kaum eine Gelegenheit ausgelassen, zu polarisieren. Bestehende Konflikte machte er zur Chefsache und verschärfte diese, indem er teilweise an den Gremien vorbei seine Entschlüsse über die Zeitung verkündete und Leuten damit vor den Kopf stieß.

Ob es die – seit dem Ausstieg aus dem „Kommunalen Schutzschirm“ – so gar nicht mehr statthafte eigenmächtige Kürzung des beschlossenen Haushalts im Rahmen der sogenannten „Haushaltsbewirtschaftung“ war, der über Nacht angeordnete Abbau des Obeliskens auf dem Königsplatz, die von ihm mit Zuckerbrot und Peitsche gegen einen erheblichen Teil der Marktbesucher durchgepaute

Sanierung der Markthalle durch ein von ihm handverlesenes Konsortium oder die inmitten der Corona-Pandemie mit Getöse zelebrierte Gründung einer städtischen Hilfspolizei mit rechtlich fragwürdigen Befugnissen: OB Geselle liebt es, sich als Anpacker und Macher zu inszenieren, der sich gegen Kritiker und Widerstände durchsetzt und dabei ohne Rücksicht auf Verluste mit dem Kopf durch die Wand geht.

Immer an seiner Seite dabei steht der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann, der stets bemüht ist, jeden der abrupten Schwenks seines offenbar beratungsresistenten Rathauschefs mitzumachen. Nach einem entsprechenden Wutausbruch Geselles vor einem Jahr erklärte dieser die Rathauskoalition mit den Grünen für beendet, woraufhin beide dann allerdings von der ausnahmsweise mal nicht devot hinterhertraubenden SPD-Stadtverordnetenfraktion zum Zurückrudern gezwungen wurden. Nachdem die Mehrheit nicht mehr da ist, um weiterhin stoisch die eigene Linie durchzuziehen, müsste nun langsam ein etwas konzilianterer Politikstil Einzug halten, Gespräche geführt und Kompromisse gesucht werden. Und dies umso mehr, als die bisherigen Koalitionspart-

ner inzwischen weitgehend auf eigene Faust agieren und versuchen, im Vorfeld der in knapp einem Jahr stattfindenden Kommunalwahl ihr jeweiliges Profil zu schärfen. Die Grünen scheinen allmählich verstanden zu haben, suchen öfter als noch vor ein paar Monaten das Gespräch und signalisieren auch schon mal verhaltene Zustimmung zu einzelnen Anträgen der Kasseler Linken. Auch einige linkere Sozialdemokrat*innen wirken zusehends entkrampfter. Die von Geselle und Hartmann an der kurzen Leine geführte rechte Mehrheit der SPD-Stadtverordnetenfraktion hingegen scheint sich in einer Wagenburg zu verschanzen und ihr Heil darin zu sehen, selbst noch ohne eigene Mehrheit autoritär durchzuregieren als wäre nichts gewesen. Dass sie dabei in Ausschüssen auch Abstimmungsniederlagen riskieren, ficht sie nicht sonderlich an.

Sicherlich spielen dabei auch mentale Hürden eine Rolle: Einer SPD, die seit mehr als 70 Jahren in Kassel gewohnt ist, weitgehend uneingeschränkte Kontrolle über Magistrat und Verwaltung auszuüben, fallen die notwendigen Lockerungsübungen schwer, zumal inzwischen ein Großteil des aktiven Mitgliederkerns dieser Partei sich aus eben dieser städtischen Bürokratie rekrutiert und ihre ökonomische Basis auf der zusehends dahinschwindenden politischen und administrativen Macht im Verwaltungsapparat beruht. Dramatisch wird all das aber vor allem dadurch, dass gerade jetzt grundlegende Entscheidungen im Hinblick auf den sozial-ökologischen Umbau der Stadt zu treffen sind, die vor dem Hintergrund von Klimakatastrophe und ökonomischer Krise die Richtung vorgeben, in die die Stadt sich bewegt, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Zumal in den letzten beiden Jahren auch in Kassel große neue soziale Bewegungen entstanden sind, die einen erheblichen Druck für eine radikale Neuausrichtung der Stadtpolitik erzeugen. Vor allem die Initiative Radentscheid und die Klimabewegung rund um „Fridays for Future“ und das „Klimaaktionsbündnis“ haben hier Maßstäbe verschoben und Akzente für einen klimagerechten und basisdemokratischen gesellschaftlichen Wandel gesetzt. Der Versuch des Magistrats,



Hier regiert der OB durch. Markthallenkonzept gegen den Willen der Marktbesucher.

einen handzahmen und weitgehend machtlosen Klimaschutzrats zu installieren, um den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist durchsichtig und zum Scheitern verurteilt. Auch OB und SPD werden sich vor dem Wind der Veränderung nicht wegducken können.

Abzuwarten bleibt, ob die Corona-Pandemie, die momentan alles überlagert,

eine Zäsur wird, die dem angeschlagenen OB aus der Patsche hilft. Situationen wie diese nutzen in der Regel den Regierenden und begünstigen die Akzeptanz eines mit paternalistischer Geste zelebrierten Durchregierens – wenn das Personal an der Spitze sich nicht allzu plump anstellt. Die tiefgreifenden Verwerfungen und politischen Herausforderungen der letzten Jahre vom Tisch

wischen kann sie allerdings nicht. Und spätestens in einem halben Jahr werden wieder bohrende Fragen gestellt werden, etwa nach Konzepten für die ÖPNV-, fahrrad- und fußgängerfreundliche Verkehrswende, nach der Zukunft der Energieversorgung, nach echten Antworten auf die tiefgreifende soziale Spaltung der Stadt.

Lutz Getzschmann

WASSERGEBÜHRENERHÖHUNG

Unökologisch und intransparent

Die Erhöhung der Wassergebühren zum Jahresbeginn trifft vor allem einkommensschwache und wassersparende MieterInnen.

Das immer noch viele nicht wissen, was sie denn überhaupt an Abschlägen zahlen müssen ist nicht nachzuvollziehen. Es gab eine Vorbereitungszeit seit November 2018, an dem die rot-grüne Koalition den Beschluss gefasst hatte. Nach 20 Jahren Gebührenstabilität wurden die Wassergebühren zum Teil massiv erhöht. Insgesamt wurde ein Mehrbedarf von 9 Mio. Euro ausgerufen.

Neu eingeführt ist eine Bereitstellungsgebühr, die Wasserkonsumenten in

Mehrfamilienhäusern stärker belastet. Bei gewerblichen Großverbrauchern mit sehr hohem Wasserverbrauch kann das neue Gebührenmodell sogar zu einer Kosteneinsparung führen. Für sehr wassersparsame Haushalte oder Haushalte mit mehreren Wasserzählern erhöhen sich die Kosten jedoch noch viel stärker.

Der bisherige Anreiz, wassersparendes Verhalten durch niedrigere Kosten zu belohnen, wird mit dem neuen Gebührenmodell aufgegeben. Die Berater von PricewaterhouseCoopers zeigen in ihrem Gebührenmodell keine ökologische oder soziale Kompetenz, es geht wohl eher um die Durchsetzung der Gebührenerhöhung und die Ruhe vor den Fans von Städtevergleichen. Die versprochene

Transparenz bei den Wasserkosten ist nach wie vor nicht erfüllt. So fehlen in den Wirtschaftsplänen von KasselWasser noch immer Aussagen über die Investitionen in der Trinkwasserversorgung.

Wie lange die Gebühren stabil gehalten werden sollen und wie hoch der Anteil der Rücklagen an den 9 Mio. sind, wird nicht offengelegt. Ebenfalls nicht zu sehen ist, ob es in den letzten Jahren unzureichende Unterhaltungsmaßnahmen in der Wasserversorgung gab, da ja ein Mehrbedarf von 9 Mio. nicht von einem Jahr auf das andere entsteht. Nicht offengelegt wird der unternehmerische Gewinn der Städtischen Werke, welche die Wasserversorgung real für KasselWasser durchführen. **Jann Hellmuth**

VERKEHRSWENDE

Viele Pläne, nix dahinter?

Wer Anfang April in der Stadt unterwegs war, konnte erahnen, wie die Verkehrswende aussehen könnte.

Nur wenige Autos waren unterwegs, dafür viele Fahrräder. Das ist nicht nur gesünder, sondern macht auch doppelt so viel Spaß, wenn man Platz auf der Straße hat. In den Bussen erhielt man garantiert einen Sitzplatz und Tickets musste man beim Einsteigen nicht kaufen. Und sogar die Autoproduktion stand für einen Moment still.

So schnell ist eine Verkehrswende möglich. Der Moment sollte genutzt werden für radikale Schritte, Umwidmung von Straßen, Zurückdrängung des Autoverkehrs, auch um weiter Abstand einzuhalten. Denn kaum werden Lockerungen vorgenommen, drängen sich die

Menschen auf den Fußgängerwegen und Blechkisten bestimmen wieder das Stadtbild.

Die Kasseler Linke setzt sich nach wie vor für den Ausbau des ÖPNV ein und die Senkung der Fahrpreise. Zumindest ist es gelungen, dass der Preis des Diakonietickets reduziert werden soll. Die Umsetzung lässt allerdings weiter auf sich warten. Die Liniennetzreform bezeichnet inzwischen selbst Oberbürgermeister Geselle als Fehler.

Die Schlussfolgerung, nun zügig den ÖPNV finanziell besser auszustatten und so den Ausbau voranzubringen, hat er jedoch noch nicht gezogen. Zwar wurde eine Tram nach Rothenditmolde beschlossen. Doch die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die für Ende 2019 vorgesehen waren, liegen der Öffentlichkeit bis

jetzt nicht vor. Auf unsere Anfrage dazu im Stadtentwicklungsausschuss erhielten wir keine Antwort. Ebenso konnte uns Verkehrsdezernent Stochla bislang nicht beantworten, was mit den im Dezember beschlossenen 66 Millionen für den Radverkehr geschehen wird.

Zum Radverkehr wurden dank der „Initiative Radentscheid“, „Fridays for Future“ und öffentlichem Druck im Rathaus viele Beschlüsse gefasst. Doch bei den derzeitigen Planungen, vom Katzensprung bis zur Bürgermeister-Brunner-Straße, sind sie alle nicht berücksichtigt.

In diesem Tempo wird es mit der Klimaneutralität 2030 nichts werden. Es gilt also weiterhin: Druck machen, Öffentlichkeit schaffen, nicht von Worten blenden lassen, sondern an Taten messen. **Violetta Bock**

UMWELT

Klimapolitik sozial denken

Es heißt, die Folgen von Corona würden alle gleich stark treffen. Doch Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust, geschlossene Schulen und eine auf Monate hinweg unsichere Aussicht auf Besserung treffen die Menschen unterschiedlich hart.

Jene in den vielgepriesenen systemrelevanten Jobs erhalten warmen Applaus ohne bessere Bezahlung und sind der Gefahr ausgesetzt, sich selbst und Angehörige anzustecken. Finanzielle Hilfe erhalten Großkonzerne anscheinend mühelos, bei der Erhöhung des ALG II-Satzes hingegen findet die Diskussion darüber nicht einmal statt. Was von COVID-19 bleiben wird, ist die Erkenntnis, dass Krisen auf den Schultern der wirtschaftlich Schwachen ausgetragen werden und das kapitalistische System in Krisen versagt.

Eine Krise, die unsere Gesellschaft jedoch weitreichender verändern wird, ist die Klimakrise. Die Frage ist, ob wir als Gesellschaft diesen Wandel passiv oder aktiv gestalten. Wollen wir auf den Handlungsdruck warten, die Spätfolgen tragen oder uns jetzt schon auf die Veränderungen einstellen? Die Antworten in der Gesellschaft auf diese Frage reichen von Leugnung und Skepsis über Ignoranz bis hin zum Greenwashing.

Es braucht also eine progressive Antwort und diese muss vor allem auf lokaler Ebene gefunden werden. Also in unserem Lebensraum, wo wir wohnen, leben, arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Kassel liegt in einem natürlichen Kessel, was bei Inversionswetterlagen schon jetzt zu schlechter Luftzirkulation

führt. Doch selbst wenn das Pariser Klimaabkommen eingehalten wird, findet sich Kassel im Jahr 2050 in der Klimazone von Rom und Madrid wieder, was unabsehbare Folgen haben wird. Die mit dem Klimawandel einhergehenden Herausforderungen und notwendigen Umbaumaßnahmen sind eine Chance, sozial gerechte Verhältnisse in allen Bereichen der Stadtentwicklung zu schaffen.

Dafür braucht es nicht nur durchdachte Lösungen und Angebote, sondern auch die Debatte über Verkehrswende, Begrünung, Verteilung städtischen Raumes und Schutz vor Wetterextremen.

Klimapolitik heißt, die verfehlte Verkehrspolitik des motorisierten Individualverkehrs zu überwinden. Kassel zeichnet sich bisher durch das Prädikat „Autostadt“ aus. Die damit verbundenen Widerstände gegen eine Verkehrswende sind nur dann aufzulösen, wenn sowohl Fußgänger- und Fahrradinfrastruktur als auch ÖPNV umfangreich ausgebaut werden. Dies muss und für alle attraktiv, komfortabel und sicher geschehen. Es gilt darüber hinaus eine generelle Debatte über die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen zu führen.

Raum muss neu verteilt werden. Kern einer sozial-ökologischen Politik muss die Erkenntnis sein, dass gerade wirtschaftlich schwächere Menschen sich keine Klimaanpassungsmaßnahmen leisten können, weswegen wir in Kassel viel mehr Vegetation und Natur brauchen. Der Gegenentwurf zu asphaltierten und betonierten städtischem Raum ist der einzige Weg, die Lebensqualität innerhalb der Stadt zu massiv zu erhöhen.

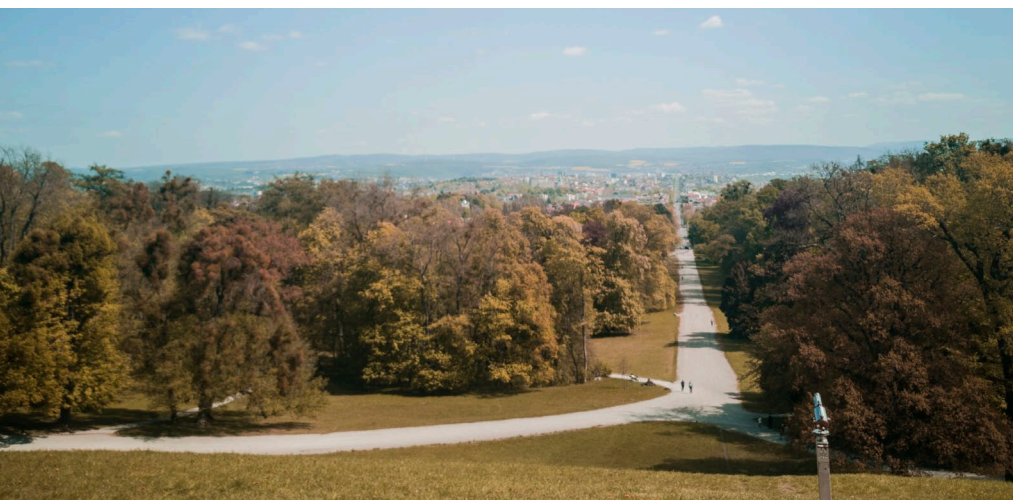
Zudem müssen freigewordene Flächen der Allgemeinheit, beispielsweise für sozialen Wohnungsbau, Naherholung oder Freizeiteinrichtungen, zugeführt werden.

Die derzeit ausgebremste Energiewende muss fortgeführt werden, kann aber nicht allein vom ländlichen Raum getragen werden, weswegen Energie auch in Kassel nachhaltig und ökologisch produziert, aber auch eingespart werden muss. Gerade der schleppende Ausbau von Solarenergie ist unverständlich. Neben der Energieproduktion sind Einsparungen durch einen massiven und bezahlbaren Umbau von Wohnraum notwendig, die jedoch nicht als Instrument für Entmietung herangezogen werden dürfen.

Industrie und Wirtschaft sind entsprechend ihrer Klimabilanz zu fördern oder in die Verantwortung zu nehmen. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik begünstigt

Unsere Grundprinzipien für eine soziale und ökologische Politik

- Alle Maßnahmen dienen dem Leben und Überleben in Kassel, aber darüber hinaus sind sie auch ein Baustein eines globalen Klimaschutzes. Getreu dem Prinzip „Global denken, lokal handeln“.
- Alle Maßnahmen stehen im Lichte der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit und fokussieren die Gleichberechtigung aller Menschen im öffentlichen Raum.
- Linke Klimapolitik ist grundsätzlich internationalistisch und feministisch, um vorhandenen gesellschaftlichen Ungleichheiten, die durch die Klimakatastrophe weiter verstärkt werden, entgegenzuwirken.
- Wer schädigt, zahlt. Elementarer Teil von linker Klimapolitik ist das Verursacherprinzip.
- Alle Maßnahmen dienen direkt oder indirekt dem Klimaschutz und/oder der Klimaanpassung. Hauptziel ist eine naturnahe und vegetationsreiche Stadt Kassel.
- Kurzfristig sind Unternehmen in Kassel zur Nachhaltigkeit zu verpflichten. Langfristig ist die Abkehr von der kapitalistischen, gewinnmaximierenden Produktionsweise aufgrund endlicher Ressourcen unerlässlich.



Dürre im Frühling 2050?

gt die Entstehung neuer ökologischer Schlüsselindustrien und Arbeitsplätze. Denn der Begriff einer nachhaltigen-ökologischen Wirtschaft stellt keinen Widerspruch in sich dar.

Private Anpassungsmaßnahmen muss man sich leisten können. Trotzdem werden Klimaschutz- und Klima-

passungen von allen anderen Parteien in Kassel entweder abgelehnt oder nur halbherzig für privilegierte Menschen betrieben. Deutlich wird dies anhand der inkonsequenten Verkehrspolitik, die Farbe auf der Fahrbahn mit Fahrradinfrastruktur gleichsetzt, oder der grundsätzliche Abwehrhaltung oder Abschwächung gegenüber progressiver Anträge.

Sichtbar wird das auch an der uferlosen Flächenversiegelung, die zu massiver Überwärmung führt.

Unter diesen Vorzeichen ist ein konsequenter sozial-ökologischer Gegenentwurf zur derzeitigen Kasseler Politik unerlässlich.

Mark Bienkowski/Martin Kilmann

BOMBARDIER UND GENERAL ELECTRIC Solidarität mit Beschäftigten

Am 17. Februar diesen Jahres verkündete der französische Konzern Alstom seine Absicht, die Zug- und Lokbauparte des kanadischen Mischkonzern Bombardier zu übernehmen. Eine Übernahme seitens Alstom könnte auch für das Kasseler Bombardier-Werk Konsequenzen haben.

Auf Einladung des Betriebsratsvorsitzenden Markus Hohmann, besuchten Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mirko Düsterdieck als Stadtverordneter der Kasseler Linke das traditionsreiche Werk in Kassel. Dabei informierten sie sich über den aktuellen Stand der Dinge.

Klar ist, dass die Probleme bei Bombardier seit Jahren hausgemacht sind und sich der kanadische Konzern mehr auf die Entwicklung und Produktion von Learjets konzentriert. Im Kasseler Werk werden seit 133 Jahren Lokomotiven gebaut. Der Standort hatte in den letzten Jahren zwar volle Auftragsbücher, litt aber immer wieder unter einer streng zentralistischen kanadischen Konzernführung. Dazu kamen Problemen bei den Zulieferketten von Komponenten. Eine mögliche Übernahme könnte insofern auch Chancen bieten. Klar ist aber auch, dass diese nicht auf dem Rücken der Beschäftigten vollzogen werden kann. Die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben!

Darüber hinaus geht es nicht nur um ca. 10.000 Arbeitsplätze in allen deutschen Bombardier Werken, sondern um die Entwicklung von Zukunftstechnologien. Diese werden für die dringend notwendige Verkehrswende benötigt. Sabine Leidig dazu: „Die Bundesregierung ist aufgefordert den Übernahmeprozess kritisch zu begleiten und auf die Sicherung der Arbeitsplätze zu bestehen.“

Der US-amerikanische Mischkonzern GE mit seinem größten Anteilseigner Blackrock plant einen groß angelegten Umbau seines Geschäftsfelds Energietechnik. Mit „Umbau“ ist allerdings wie so oft die Streichung von zahllosen Arbeitsplätzen gemeint. Das Kasseler Werk an der Lilienthalstraße im Stadtteil Forstfeld beschäftigt aktuell 300 Mitarbeiter*innen, von denen 200 Stellen zur Disposition stehen. Auch bei GE sind die Probleme hausgemacht. Viel zu lang setzte der Mischkonzern auf fossile Energien. Dass jetzt ausgerechnet

die in Kassel produzierten Schaltgeräte, die in Hochspannungs-Umspannwerken verwendet werden, verlagert und damit die Produktionszahlen verringert werden sollen, ist ein Skandal!

DIE LINKE Kassel und die AG Betrieb & Gewerkschaft Nordhessen der LINKEN fordert den Erhalt der Arbeitsplätze und solidarisiert sich mit den Beschäftigten von Bombardier und GE!

**AG Betrieb & Gewerkschaft
Nordhessen**



Keine verfehlten Managemententscheidungen auf dem Rücken der Beschäftigten!

KREISKLINIK WOLFHAGEN

Ein Lehrstück aus Absurdistan

Zu Beginn der Corona-Krise wurde durch Beschluss des Aufsichtsrats der Gesundheit Nordhessen AG (GNH) das Kreiskrankenhaus Wolfhagen geschlossen.

Während die Gesundheitsämter sich landesweit damit beschäftigen, Hotels und Hallen als Nothospitäler einzurichten, man weltweit diskutiert wie gute gesundheitliche Versorgung aussehen muss, steht in Nordhessen ein Krankenhaus leer. Zwar erklärt die GNH, dass zurzeit an allen stationären Klinikstandorten ‚die Intensivkapazitäten auf die Lage zu Covid-19 angepasst‘ würden, jedoch scheint damit nicht das Kreiskrankenhaus Wolfhagen gemeint zu sein.

Es gibt in Hessen einen Krankenhausplan, der seit 2009 besteht, aber eigentlich nur eine Aufstellung aller zum damaligen Zeitpunkt existierenden Krankenhäuser enthält. Anschließend wurden Krankenhauskonferenzen geschaffen, aus denen sich regionale Gesundheitskonferenzen entwickelten, die aber faktisch nicht existieren. Mit einem Plan im Sinne von Planung und Versorgung hat das nichts zu tun. Die gesundheitliche Versorgung wird dem Markt, dem Zufall, den Kapitalinteressen überlassen. Ob

ein Krankenhaus bestehen bleibt, ist einzig und allein davon abhängig, ob es wirtschaftlich ist. Aber weder das Geborenwerden, noch das Sterben unterliegen den Kriterien des Wirtschaftlichen, es geht einzig und allein um das aller existenziellste, das Leben schlechthin.

Deshalb muss die gesundheitliche Versorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge an den realen Bedürfnissen der Menschen gemessen werden. Krankenhäuser müssen auch in der Fläche vorgehalten werden und sich an der Altersstruktur und den Wegebedingungen orientieren sowie eine Grundversorgung sicherstellen. Planbare und spezialisierte Aufgaben können zentral übernommen werden. Das darf aber nicht bedeuten, dass die einen zugunsten von Aktionär*innen Geld verdienen und die anderen Defizite einfahren. Defizite, die von Steuerzahler*innen getragen werden müssen. Dazu braucht es in Berlin und Wiesbaden Politiker*innen, die im Interesse der Menschen arbeiten. Außerdem werden vor Ort Bürgermeister*innen und Landrät*innen benötigt, die den Mut haben gegen den Strom zu schwimmen. Wir Linke stellen Menschen vor Profite. Dem Fass den Boden ausgehauen hat OB Geselle, als er

handstreichartig in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der GNH den Brandschutz als Mittel zum Zweck entdeckt hat. Spätestens als die Feuerwehr sich an den deutlichen Bürgerprotesten beteiligte wurde das Scheinargument entlarvt.

Zwischen 2000 und 2015 wurden bundesweit 384 Krankenhäuser geschlossen und 69.272 Betten abgebaut. Besonders pervers ist es, dass der Abbau von Betten und Kliniken durch Strukturfonds (Bund und Land) auch noch gefördert wird. Eine Bertelsmann-Studie forderte im letzten Jahr, von 1400 Kliniken nur noch 600 zu erhalten. Allein in Hessen wurden in den letzten 20 Jahren über 10 % der Krankenhäuser geschlossen und in gleicher Größenordnung Betten abgebaut. Gleichzeitig sind die Fallzahlen um 12 % gestiegen. Aufgrund der Pandemie hat sich die Debatte um die Krankenhausversorgung in Deutschland verändert. Diese Chance muss dazu genutzt werden, der Planlosigkeit, dem Wirtschaftlichkeitsdenken und erst Recht dem Gewinnstreben ein Ende zu bereiten.

Die Entscheidung des Landkreises, mit allen politischen Fraktionen, das Krankenhaus in Wolfhagen zu retten, begrüßen wir sehr. Geselles Widerstand dagegen kann nur darüber erklärt werden, dass er mit der Schließung in Wolfhagen das Angebot verknappen und damit die Konkurrenz für die GNH verkleinern wollte. Das immer knapper werdende Personal würde sich damit in Kassel konzentrieren. Jetzt muss der Kreis darauf achten, nicht wieder eine Situation zu schaffen, in der andere entscheiden, was aus der gesundheitlichen Versorgung im Kreis wird. Die Hoheit muss bei den gewählten Vertreter*innen der Bevölkerung liegen.

OB Geselle hat sich in jeder Hinsicht als Repräsentant eben dieser Bevölkerung vollständig diskreditiert. Sein Handeln hat das Vertrauen der Menschen in die Politik tief geschädigt. Er hat eine Kluft zwischen die Stadt und den Kreis gerissen, die auf Jahre ihre Nachwehen haben wird. Für Linke ist weder die politische Ausrichtung seines Handelns noch der menschliche Umgang, den er an den Tag legt, tragbar.



Protest in Wolfhagen gegen die Schließung des Kreiskrankenhauses

Marjana Schott

KINDERÄRZTLICHE VERSORGUNG

Rothenditmold bleibt abgehängt

Den Stadtteil Rothenditmold trifft es hart. Seit Jahren sind Kita- und Betreuungsplätze Mangelware. Aktuell fehlen für das neue Kitajahr ab August mehr als 200 Plätze.

Nun steht der Stadtteil auch ohne kindermedizinische Versorgung da, nachdem die Kinderärztin Ortrud Lind-Weitzel ihre Praxis nach 33 Jahren im März schließen musste und keinen Nachfolger bzw. Nachfolgerin fand.

Der postindustrielle Stadtteil Rothenditmold kämpft mit einer ganzen Reihe von Problemen. Sämtliche Wirtschafts- und Sozialdaten sehen den Stadtteil am unteren Rand aller Kasseler Stadtteile. Gleichzeitig hat Rothenditmold mit 7,9 Prozent die höchste Quote mit Kindern unter sechs Jahren und die Anzahl der alleinerziehenden Haushalte ist mit 36 Prozent ebenfalls so hoch wie in keinem anderen Stadtteil.

Die Kasseler Linke hat schon im Januar 2019 auf die bevorstehende Schließung der Kinderarztpraxis in der Döllbachau hingewiesen und forderte die Stadt Kassel zu einem proaktiven Vorgehen und entsprechender Hilfestellung auf. Auch der Ortsbeirat thematisierte das Problem mehrfach. Passiert ist nichts. Die Stadt verwies auf die Kasseler Kinderärztliche Vereinigung und diese verwies wiederum auf eine durchschnittliche Überversorgung von Kinderarztpraxen in Kassel.

Tatsächlich besteht in Kassel mit seinen 21 Kinderarztpraxen eine Versorgungsquote von 125 Prozent. Allerdings sind die Orte und die Anzahl der Praxen sehr unterschiedlich verteilt. Allein im Stadtteil Vorderer Westen mit seinen 16.000 Einwohner*innen gibt es fünf Kinderarztpraxen. Im Stadtteil Nord-Holland mit insgesamt 16.450 Einwohner*innen und einer Quote von 6,6 Prozent mit U6 Kindern, gibt es gerade mal eine Kinderarztpraxis.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband weist seit Jahren darauf hin, dass in größeren Städten über 100.000 Einwohner die fachärztliche Versorgung sehr ungleich verteilt ist. So machen beispielsweise Zahnarztpraxen einen großen Bogen um ärmere Stadtteile. Auch in Rothenditmold gibt es keine zahnmedizi-

nische Versorgung!

Dabei fördern die Zahlen der Schuleingangsuntersuchungen in Kassel erschreckende Tatsachen zutage. Bei der Zahngesundheit, der Motorik und einem allgemeinen Körpercheck liegen die Kinder unter sechs Jahren in Rothenditmold, im Wesertor und in Nord-Holland am Ende des Vergleichs. Der Zusammenhang von Armut und prekären Lebensverhältnissen auf der einen Seite und physischer sowie psychischer Gesundheit speziell bei Kindern kann nicht geleugnet werden. Die Kinderärztin Ortrud Lind-Weitzel sagte Ende März der HNA gegenüber: „Ich sehe seit Jahren so viel verschenktes Potenzial bei den Kindern in den Vorsorgeuntersuchungen.“

Die Suche der Eltern nach alternativer kinderärztlicher Versorgung gestaltet sich schwierig. Unsere im Stadtteil Rothenditmold lebende Stadtverordnete Violetta Bock forderte in einer Pressemitteilung folgerichtig: „Wir brauchen eine Kinderarztpraxis vor Ort, bei der nicht schon die Anreise eine Herausforderung ist.“

Aufgrund der schon beschriebenen Rahmenbedingungen in Rothenditmold braucht es ein ganzheitliches und progressives Vorgehen, damit sich die Dinge für die vielen Kinder positiv entwickeln.

Die Kasseler Linke hat aus diesem Grund einen Antrag gestellt, um die kinderärztliche Versorgung im Stadtteil zu sichern. Die Stadt Kassel soll dazu den freiwerdenden Kinderarztstuhl übernehmen, um in Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Sozialpädagog*innen unter Einbeziehung von Stadtteilangeboten einen Einstieg in ein Gesundheitszentrum schaffen. Dies könnte als Eigenbetrieb der Stadt aber auch unter der Trägerschaft der „Gesundheit Nordhessen“ (GNH) erfolgen. Gerade die GNH könnte in der jetzigen Situation einen positiven Beitrag leisten und ihr in Teilen rampo- niertes Image nach der Schließung des Kreiskrankenhauses in Wolfhagen aufpolieren.

Auch die Grünen haben sich in der Sache zu Wort gemeldet und sehen die Stadt ebenfalls in der Pflicht. Vor dem Hintergrund, dass die Grünen das Dezernat für Jugend, Bildung, Frauen und

Gesundheit in Kassel seit nunmehr 16 Jahren innehaben, erscheint diese Aussage allerdings als reichlich unverfroren und zynisch. Diese Lippenbekenntnisse können nur mit der im März nächsten Jahres stattfindenden Kommunalwahl in Verbindung gebracht werden.

Die Kasseler Linke wird genau darauf achten wer, wann, was, zur Kenntnis gibt und insofern einen Realitätscheck vornehmen!

Mirko Dusterdieck



Spielverbote verschärfen die Lage für Kinder

Sozialkompass bald neu!

Dieses Jahr erscheint die neue Auflage des Sozialkompasses, dem alternativen Stadtführer für den kleinen Geldbeutel. An zahlreichen Orten liegt er aus und informiert über Anlaufstellen zur rechtlichen Beratung, günstigen Kaffee oder über kulturelle Angebote, die man auch ohne hohes Einkommen genießen kann. Eigentlich hatten wir zur Feier bereits mit den Vorbereitungen für einen Solidartag begonnen, um uns bei allen zu bedanken, die dazu beigetragen haben. Corona ermöglicht genau das Zusammenkommen vorerst nicht. Umso wichtiger ist in dieser Zeit, dass es nicht zur sozia-

len, sondern nur zur physischen Distanz kommt. Kontaktverbot aber Sozialgebot!

Wir verweisen daher erst mal auf www.sozialkompass-kassel.de, in der die Änderungen zur zehnten Auflage bereits eingepflegt sind. Hoffentlich können wir dann bald auch die neue Ausgabe ausliefern.

Auch die Bürger*innensprechstunde mit unserer Sozialrechtsanwältin findet weiterhin donnerstags, 14 - 16 Uhr, statt, derzeit telefonisch über die Nummer des Fraktionsbüros **0561/787 3315**.



Der (noch) aktuelle Sozialkompass

Aus dem Ortsverband Kassel-Nord

In der Nordstadt gab es stadtweit in den Erhebungsjahren 2014 - 2018 die größte Mietpreissteigerung, die Mieten stiegen um satte 28 Prozent. Umso ärgerlicher ist es, dass das Backsteinhaus in der Holländischen Str. 42 nach Jahre langem Leerstand abgerissen werden musste. Die Kasseler Linke forderte im Januar die Enteignung des Hauses. Wenn schon nicht enteignet wird, sollte der Eigentümer bei einem Neubau zumindest verpflichtet werden Sozialwohnungen zu schaffen.

Die Mieten müssen in der Nordstadt bezahlbar sein! Dieses Ziel erreicht man nicht, mit einer Verknappung des Wohnungsmarkts durch leerstehende Wohnungen. Das Gegenteil ist der Fall, es müssen mehr bezahlbare Wohnungen entstehen. Um die Gentrifizierung in der Nordstadt entgegenzuwirken, wäre auf kommunaler Ebene eine Milieuschutz-

satzung bzw. eine Erhaltungssatzung nötig. Zudem halten wir die Forderung des Mieterbunds für sinnvoll, ein Leerstandskataster einzuführen. Damit kann die Stadt sich einen Überblick über die aktuelle Lage verschaffen und gegebenenfalls frühzeitig eingreifen.

Es fällt auf, dass sich durch die Corona-Krise weniger Straßenverkehr auf der Holländischen Straße bewegt. Abgesehen davon, dass dadurch weniger Abgase in die Luft geblasen werden, ist es auch einfacher, die Hauptverkehrsstraße zu überqueren. Für die Zeit nach Covid-19 sollte dieser Zustand mindestens beibehalten werden. Um weniger motorisierten Verkehr zu schaffen, wäre in erster Linie ein Park&Ride System sowie ein für den Fahrgast kostenloser ÖPNV notwendig. Tempo 30 auf der Holländischen Straße, auf jeden Fall in Schulbereichen, wäre ebenfalls sinnvoll. Des Weiteren

müssten durch Fußgängerampeln mehr Querungsmöglichkeiten geschaffen werden sowie das Fahrradfahren sicher werden: zum Beispiel durch richtige Fahrradstraßen in der Gottschalkstraße und Fiedlerstraße, die auch den Namen verdienen.

Für diese und noch weitere Themen macht sich der Ortsverband Kassel-Nord sowohl im Ortsbeirat als auch außerhalb stark.

Es sind verrückte Zeiten. Wirklich verrückt ist, dass während viele gezwungen sind zu Hause zu bleiben, die Firma Krauss-Maffei Wegmann in der Nordstadt jedoch weiterhin Panzer produziert. Uns erschließt sich nicht, aus welchen Gründen das systemrelevant sein soll. Aber wer weiß, vielleicht kann man das Virus auch mit Panzern bekämpfen?

Steven Lavan

regelmäßige Angebote

Jeden ersten und dritten Dienstag (nicht in den Schulferien) 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung im Büro in der Schillerstraße 21

Jeden Donnerstag (nicht in den Schulferien) 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs im Fraktionsbüro Kasseler Linke W25 im Rathaus.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [`solid] ab 18 Uhr im Büro in der Schillerstraße 21.

Jeden Freitag von 13:30 bis 15:30 Uhr Flüchtlingsprechstunde im Büro in der Schillerstraße 21.



Aufgrund von Beschränkungen durch Corona finden Termine u.U. nur telefonisch statt. Infos unter **0561/9201503**

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke

Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel

Tel 0561/787 3315

E-Mail kontakt@kasseler-linke.de

www.kasseler-linke.de

V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann

Redaktion: Jens Meyer

Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel

Auflage: 8.000

**★ DIE ★
LINKSZEITUNG**

www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicher Weise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen zu verwenden.